

Forderungen zur Agro-Gentechnik

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zeigt für die derzeitigen Anwendungsgebiete (Herbizidresistenz, Insektenresistenz) weder für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg noch für die Verbraucher/-innen einen erkennbaren Nutzen.

Die Wahlfreiheit muss sowohl auf der Erzeugerseite als auch auf der Verbraucherseite auf Dauer gewährleistet sein. Daher muss die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte umfassend und transparent erfolgen. Der eigenverantwortliche Kunde muss den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen an der Kennzeichnung klar und deutlich erkennen. Die Anwendung von gentechnisch veränderten Futtermitteln bei der Produktion von tierischen Lebensmitteln sollte künftig ebenfalls der Kennzeichnungspflicht unterliegen.

Die Kosten, die durch den Anbau, durch getrennte Erfassung und Kontrolluntersuchungen anfallen, verteuern derzeit die gentechnikfreien Futtermittel. Diese Kosten sollten künftig den gentechnisch veränderten Futtermitteln angelastet werden, da sie durch den Einsatz der Agro-Gentechnik entstehen. Eine qualitativ hochwertige, gentechnikfreie Fütterung sollte vom Verbraucher honoriert werden.

Die unabhängige Saatgutforschung muss ausgebaut werden. Im Bereich der Zellforschung ist noch zu wenig Grundlagenwissen vorhanden, um gentechnische Transformationsverfahren verantwortlich einsetzen zu können. Ebenso sind gesundheitliche Risiken und Umweltwirkungen durch gentechnisch veränderte Organismen zu wenig erforscht. Die herkömmliche Saatgutzüchtung muss stärker gefördert werden, auch um alternative Eiweißfutterpflanzen weiter zu entwickeln, damit die Sojaimporte aus Übersee verringert werden können.

Der Protest gegen die Freisetzung zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen kann nur im legalen Rahmen einer gesellschaftspolitischen Diskussion stattfinden. Die Zerstörung fremden Eigentums wird abgelehnt.

Gentechnikfreie Regionen sind eine Möglichkeit der politischen Willensäußerung. Sie erfolgt durch Selbstverpflichtungserklärungen von Verbrauchern und landwirtschaftlichen Produzenten.

Stuttgart, 23.03.2009